

Friedenspolitische Schwerpunkte 2008

Gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit hat der Bundestag die Verlängerung des Bundeswehreinsatzes in Afghanistan beschlossen. Der Krieg droht weiter zu eskalieren. Viele fürchten bereits die „Irakisierung“ Afghanistans, während in Bezug auf den Irak von dessen „Vietnamisierung“ gesprochen wird. Der Nahe Osten, Zentralasien und Afrika sind zum Spielball der USA und der sich militarisierenden EU geworden; Russland, China und Indien werden zu wichtigen Akteuren der internationalen Politik. Lateinamerika wehrt sich mit zunehmender Kraft gegen neoliberale Bevormundung. Die Welt soll neu vermessen werden. Aufrüstung, Kriege, Militärinterventionen, Militärstützpunkte und die Weltraummilitarisierung sind wesentliche Bestandteile dieser Entwicklung. Ein Prozess, dem wir uns mit aller Kraft entgegenstemmen.

Wir streiten für eine Welt ohne Militär und Krieg, für soziale Gerechtigkeit und internationale Solidarität.

1. Auslandseinsätze beenden - Für Frieden in Afghanistan, im Nahen und Mittleren Osten

Der Krisenbogen vom Nahen und Mittleren Osten bis Zentralasien ist zu einem Schwerpunkt bei der Planung und Durchführung von Ressourcenkriegen gemacht worden. Die Region ist von zentraler Bedeutung im Kampf um die Vorherrschaft der USA und EU-Europas gegenüber Russland und China. Die EU handelt dabei trotz gelegentlich unterschiedlicher Interessenlage weitgehend in enger Verbundenheit mit den dabei führenden USA.

Die weltweit größten Kriegsverbrechen begehen derzeit die USA im Irak; in Afghanistan ist eine „Irakisierung“ absehbar. Die seit Jahrzehnten andauernde völkerrechtswidrige Besatzung von Palästinensergebieten durch Israel, der Terror gegen die dortige Bevölkerung und deren Aktionen haben in 2007 eine extreme Zuspitzung erfahren.

Die Lösung des Nahostkonfliktes erfordert die Anerkennung des gleichen Rechts aller Menschen in der Region auf eine menschenwürdige Existenz.

1. Wir werden die gemeinsame Kampagne für einen Bundeswehr-Abzug aus Afghanistan, für Frieden und eine souveräne Entwicklung des Landes fortsetzen. Wir werden den Druck auf die Bundesregierung erhöhen, damit sie sowohl den ISAF als auch den OEF-Einsatz beendet. Wir suchen dabei die Zusammenarbeit mit der internationalen Bewegung gegen den Krieg in Afghanistan.
2. Entgegen der offiziell verbreiteten Meinung, dass die BRD nicht am Krieg im Irak beteiligt sei, kommt der BRD durch die Bereitstellung von Militärstützpunkten und Logistik eine herausragende Bedeutung in der Kriegsführung zu. Wir fordern deshalb, dass die Bundesregierung die Stationierungsverträge mit den USA kündigt. Wir wollen unter anderem den fünften Jahrestag der Irak-Invasion dafür nutzen, auf die US-Kriegsverbrechen und die humanitäre Katastrophe im Irak hinzuweisen und unterstützen eine hierzu geplante Irak-Konferenz.
3. Wir wenden uns gegen einen Einmarsch der türkischen Armee in Nord-Irak und fordern ein Ende des Krieges und der Repression gegen Kurdinnen und Kurden.
4. Wir wenden uns entschieden gegen die auf Doppelstandards (zweierlei Maß) begründete Interventionspolitik gegen den Iran, die auf eine Schwächung und Destabilisierung der stärksten Macht der Region zielt. Wir klären darüber auf, dass die als „Diplomatie“ umschriebene Sanktionspolitik unter aktiver Beteiligung der Bundesregierung zu einer Eskalationsstrategie gehört. Diese kann angesichts konkreter Angriffspläne seitens der USA und Israels rasch zum Krieg führen.
5. Wir wollen verstärkt über die katastrophale Lage der Palästinenser im Gazastreifen aufklären. Wir fordern von der Bundesregierung ein Ende der Unterstützung der Besatzungspolitik. Wir arbeiten solidarisch mit den palästinensischen und israelischen Friedenskräften zusammen, bemühen uns um einen intensiven Dialog mit Palästinensern und Juden in der Bundesrepublik und unterstützen sie in ihren Forderungen nach zwei gleichberechtigten Staaten in den Grenzen von 1967.

2. Gegen Ausplünderung und Angriffskriege - Für die Verwirklichung des Völkerrechts

Seit mehr als sechs Jahren führen die US-Regierung und ihre Verbündeten in der NATO unter dem Deckmantel „Krieg gegen den Terror“ Angriffskriege. Vorgeblich dienen sie zudem der Durchsetzung von „Demokratie und Menschenrechten“. Tatsächlich geht es um die Beherrschung ressourcenreicher Regionen.

Dasselbe steht auch hinter der aggressiven Politik gegenüber dem Iran. Die Bundesrepublik Deutschland ist in hohem Maße in diese völkerrechtswidrigen Kriege involviert.

Die US-Stützpunkte in der Bundesrepublik sind ein logistisches Rückgrat dieser Kriegspolitik. Dazu gehören auch zivile Objekte wie z. B. die Flughäfen Leipzig und Hahn als Drehscheiben für Truppentransporte.

Mit der UN-Charta wurde 1945 die völkerrechtliche Grundlage für Frieden, sozialen Fortschritt und Wohlstand weltweit geschaffen. Dabei ist das Verbot von Angriffskriegen zentral.

1. Wir wollen die durch Globalisierung und Kriegsführung verursachten Ressourcenverschwendungen in den Kontext der Umwelt- und Klimadiskussion bringen. Dabei wollen wir den Kampfbegriff „Energiesicherheit“ mit anderen Inhalten belegen, die im Interesse aller Menschen und einer nachhaltigen Entwicklung liegen. Wir engagieren uns für die stark zunehmende Zahl von Flüchtlingen, indem wir für eine nachhaltige Entwicklung von Ländern der dritten Welt eintreten und der neoliberalen Ausbeutung durch USA und EU entgegen treten. Wir solidarisieren uns mit Flüchtlingen, indem wir für alle ein Bleiberecht bei uns fordern und für eine humane Entwicklung in den Ländern der "Dritten Welt" eintreten.
2. Wir wollen zur Aufdeckung von Lügen und Kriegspropaganda beitragen, wie z.B. die Verschleierung der wahren Interessen der Militäreinsätze durch Begriffe wie „Friedensmissionen“ und „humanitäre Interventionen“. Wir werden aber auch schönfärberischen Umschreibungen von Kriegen als „Luftschläge“ u.ä. entgegentreten. Der Krieg beginnt mit dem ersten Schuss, mit der ersten Bombe.
3. Wir unterstützen Bürger- und Friedensinitiativen, die sich gegen US-Militärstützpunkte wie die US AirBase in Ramstein oder gegen vorhandene und geplante Bundeswehrübungsplätze engagieren (Colbitz-Letzlinger Heide, „Bombodrom“). Wir wenden uns gegen die Militärpolitik der NATO und die Nutzung von US-Militärbasen in Europa für die Kriegsführung in aller Welt.

3. Für atomare Abrüstung - gegen neue Atomwaffenarsenale

Die reale Gefahr durch Atomwaffen geht von den Atomwaffenmächten aus, die entgegen ihren vertraglichen Verpflichtungen des Atomwaffensperrvertrages massive Aufrüstungsprogramme auflegen. Der Einsatz von Atomwaffen ist fester Bestandteil der US-Nukleardoktrin sogar gegenüber solchen Ländern, die über keine Atomwaffen verfügen, wie z.B. dem Iran. Die Einschüchterung und verbalen Drohungen – wie Bush jüngst mit einem "Dritten Weltkrieg" – führen zu einem neuen Rüstungswettlauf.

1. Wir unterstützen alle Initiativen und Kampagnen, die auf atomare Abrüstung gerichtet sind, wie z.B. „unsere zukunft - atomwaffenfrei“.
2. Wir setzen uns ein für den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Territorium und die Beendigung der direkten oder indirekten nuklearen Teilhabe der Bundeswehr.
3. Wir wollen verstärkt über die vor allem in Irak und im ehemals jugoslawischen Staatsgebiet erfolgte radioaktive Verseuchung durch Uranmunition aufklären.

4. Für Rüstungsabbau und Konversion - gegen die Aufrüstung von EU und Bundeswehr

Mit dem in Lissabon von den EU-Regierungschefs verabschiedeten „EU-Reformvertrag“ soll die gescheiterte EU-Verfassung mit ihrem neoliberalen Kurs, dem Demokratieabbau und der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik durchgesetzt werden. Kernpunkte des Vertrages sind die Aufrüstungsverpflichtung, die Einrichtung einer Rüstungsagentur und die Aufhebung des Verbots der Verwendung von EU-Haushaltsmitteln für militärische Zwecke.

Neue Rüstungsprojekte wie die 2007 beschlossene Beschaffung neuer Fregatten für die Marine und die Weltraumaufrüstung mit Radar-Aufklärungssatelliten (SAR-LUPE) zielen darauf, auch die militärische Dominanz der BRD in der EU auszubauen.

1. Aus den auch in anderen EU-Ländern vorhandenen Widerstandsbewegungen gegen die EU-Verfassung bzw. „EU-Reformvertrag“ wollen wir durch eine länderübergreifende Zusammenarbeit eine europaweite Kampagne gegen die Militarisierung der EU entwickeln. Ein Schwerpunkt ist dabei die EU-Rüstungsagentur.
2. Der Aufbau der "Raketenschilder" gegen Interkontinentalraketen hat zum Ziel, Angriffskriege führen zu können, ohne einen Zweitschlag fürchten zu müssen. Wir wenden uns gegen die Stationierung entsprechender neuer US-Raketenabwehreinrichtungen in Polen und Tschechien. Wir sind solidarisch mit den Friedensbewegungen dieser Länder in ihrem Kampf gegen die Pläne der US-Regierung.
3. Im Widerstand gegen den Afghanistan-Krieg unterstützen wir die „Anti-Rekrutierungskampagne“, bei

der wir das Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung in all seinen Erscheinungsformen (vom Teilverweigerer bis zum Totalverweigerer) in den Vordergrund stellen.

4. Anknüpfend an die Kampagne „Spart endlich an der Rüstung“ setzen wir unser Engagement fort für eine radikale Reduzierung der staatlichen Rüstungsausgaben zugunsten sozialer, kultureller, bildungs- und arbeitspolitischer Maßnahmen und die Konversion der Rüstungsindustrie in zivile, nützliche Produktion und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
5. Wir unterstützen Aktivitäten gegen deutsche Rüstungsexporte, die auch wesentlichen Anteil zur Destabilisierung in Krisenregionen haben.

5. Für Demokratie und Menschenrechte - gegen Militarisierung im Inneren

Der verfassungswidrige Bundeswehreininsatz in Heiligendamm hat 2007 einen weiteren Schritt zur Legitimierung der inneren Militarisierung dargestellt. Mit der geschürten Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt. Darin sehen wir eine flankierende Maßnahme zur Durchsetzung der expansiven Außenpolitik mit weltweiten militärischen Interventionen, die von der Bevölkerungsmehrheit nicht unterstützt werden.

1. Wir unterstützen die zahlreichen Aktivitäten verschiedener Initiativen und Gruppen, die sich vor allem gegen die Entwicklung zum Überwachungsstaat engagieren.
2. In diesem Zusammenhang sehen wir auch den Kampf gegen neue Feindbilder wie „den“ Islam sowie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
3. Wir beteiligen uns an Aktionen zur Bekämpfung von neofaschistischen und rassistischen Ideologien. Wir unterstützen die Forderung nach einem Verbot der NPD.

Bundesausschuss Friedensratschlag

Kassel, 30. November 2007

Terminfahrplan (noch zu ergänzen)

26. Januar "global action day" (Weltsozialforum)

27. Januar: Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz;

30. Januar: 75. Jahrestag der Machtübertragung an den deutschen Faschismus

8. bis 10. Februar (Fr-So): NATO-Sicherheitskonferenz in München

8. bis 9. März (Sa/So): Irak-Konferenz in Berlin zum 5. Jahrestag der Invasion

21. bis 24. März: Ostermärsche/internationale Aktionen anlässlich des 5. Jahrestages des Irak-Krieges

1. Mai-Kundgebungen der Gewerkschaften

8. Mai (Donnerstag): Tag der Befreiung von Krieg und Faschismus

15. Mai Tag der Kriegsdienstverweigerer (Anti-Rekrutierungsaktion)

7./8. Juni (voraussichtlich): Afghanistan-Konferenz

24. – 27. Juli Sommerakademie des Friedensratschlags in Oberhof

6. August (Mittwoch)/9. August: Hiroshima-/Nagasaki-Tag

25. – 31. August Aktionswoche in Büchel (unsere zukunft – atomwaffenfrei)

1. September (Montag): Antikriegstag

September/Oktober: Herbstaktivitäten gegen die Verlängerung der Afghanistan Mandate

9. November (Freitag): 70. Jahrestag der Reichspogromnacht

6. und 7. Dezember (Sa/So) 15. Friedenspolitischer Ratschlag in Kassel